

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



READER

XIX. STIPENDIATENKOLLOQUIUM DER BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

24.-26. JANUAR 2019, RINGBERGHOTEL SUHL

Inhalt

Programm des Kolloquiums 2019.....	4
CHRISTOPHER BANDITT	6
MARTIN KRIEMANN	11
NADINE JENKE	16
SOPHIE LANGE	19
MORITZ HEITMANN	23

XIX. Stipendiat*innenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung

BEGINN: Donnerstag, 24. Januar 2019, 14 Uhr
ENDE: Samstag, 26. Januar 2019, 13 Uhr
ORT: Ringberghotel in Suhl

Donnerstag, 24. Januar 2019

12:05 – 12:30	Bustransfer vom Bahnhof Suhl zum Ringberghotel
bis 13:00	Anmelden und einchecken
13:00 – 14:00	Mittagsimbiss
14:00 – 16:00	Teilnahme am Programm der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung (www.geschichtsmesse.de)
16:00 – 16:30	Kaffeepause
16:30 – 18:00	Podium: „Wir sind das Volk“ – Demokratieerfahrungen im vereinten Deutschland
18:00 – 19:15	Abendessen
19:15 – 19:30	Beginn des Kolloquiums mit Begrüßung der Stipendiatinnen und Stipendiaten
19:30 – 20:30	Christopher Banditt: Soziale Ungleichheit in Ostdeutschland 1980–2000. Die materiellen Lagen von Arbeitnehmerhaushalten im Wandel

Freitag, 25. Januar 2019

9:00 – 10:00	Die Angebote der Bundesstiftung Aufarbeitung 2019/20
10:00 – 11:00	Martin Kriemann: „Lebenswirklichkeiten nach dem Mauerfall – Zur Rekonstruktion der DDR-Erinnerungskultur(en) der Nachwendegeneration“ Eine empirisch-rekonstruktive Studie
11:00 – 11:30	Kaffeepause
11:30 – 12:15	Nadine Jenke: Schrittweiser Bedeutungsverlust? NS-Verfolgte als Akteure der Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik, der DDR und in Österreich.

12:15 – 13:00	Sophie Lange: Deutsch-deutsche Umweltpolitik im internationalen und gesellschaftlichen Kontext des Ost-West-Konflikts, 1970 – 1990
13:00 – 14:15	Mittagspause
14:15 – 15:15	Moritz Heitmann: Deutsch-Deutsche Geschichte im Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten
15:15 – 15:30	Schlussbesprechung
bis 18:00	Teilnahme an den Projektpräsentationen in den jeweiligen Sektionen
18:00 – 19:30	Abendessen
19:30 – 21:00	Lesung und Gespräch: Marko Martin, Schriftsteller und Publizist

Samstag, 26. Januar 2019

9:00 – 10:30	Teilnahme am Programm der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung (www.geschichtsmesse.de)
10:30 – 10:45	Kaffeepause
10:45 – 12:15	Abschluss-Podium: Demokratie unter Druck. Zur Situation 30 Jahre nach den friedlichen Umbrüchen in Europa
12:15 – 13:00	Mittagsimbiss
13:00 – 13:30	Bustransfer zum Bahnhof Suhl

Telefonische Erreichbarkeit während des Kolloquiums

Uli Mählert: **0177 - 293 37 62**

Rigo Hopfenmüller: **0173 – 382 25 78**

Soziale Ungleichheit in Ostdeutschland 1980–2000. Die materiellen Lagen von Arbeitnehmerhaushalten im Wandel

Von Christopher Banditt

Moderne Gesellschaften sind geprägt durch soziale Ungleichheit. Darunter versteht man die ungleiche Verteilung von gesellschaftlich „wertvollen Gütern“, wie bspw. Einkommen, Bildung, Gesundheits- oder auch Kulturversorgung. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts bildet die Analyse sozialer Ungleichheitsstrukturen den Schlüssel zum Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft. So machte etwa Karl Marx die ungleiche Verteilung der Produktionsmittel als Ursache für soziale Ungleichheit aus. Spätestens mit Überführung der Produktionsmittel in volkseigenes bzw. genossenschaftliches Eigentum im realexistierenden Sozialismus hätten – nach Marxscher Lesart – soziale Disparitäten also endgültig der Vergangenheit angehören müssen.

Unter Soziologen/-innen und Sozialhistorikern/-innen herrscht weithin Einigkeit darüber, dass die materiellen Ressourcen, die den Menschen zur Verfügung stehen, die wichtigste Ungleichheitsdimension darstellen und zugleich auf Verteilungen in anderen sozialen Bereichen einen Einfluss ausüben. Im Promotionsprojekt werden deswegen vornehmlich die materiellen Lagen, in Form von Einkommen, Haushaltsausstattung und Konsum, ostdeutscher Haushalte in den Blick genommen. Anhand der 1980er-Jahre wird zum einen überprüft, wie es um materielle Ungleichheit in der sozialistischen DDR bestellt war. Zum anderen werden auch die entsprechenden Entwicklungen unter dem neu eingeführten marktwirtschaftlichen System der 1990er-Jahre in Ostdeutschland untersucht.

Einerseits können Ungleichheitsstrukturen eine große Beharrlichkeit aufweisen. Zu ihrem tieferen Verständnis ist demnach eine längerfristige, sprich historische Perspektive notwendig. Andererseits können gesellschaftliche Umbrüche sozialen Wandel wiederum ganz abrupt freisetzen, der sich dann im Ganzen nur mittels einer Betrachtung des Davor und des Danach wirklich begreifen lässt. Beides, die längerfristige Perspektive und die Untersuchung von Ungleichheiten vor und nach der ostdeutschen Revolution, sollen vom Projekt ein- bzw. vorgenommen werden. Zu fragen ist hierbei nicht nur nach den Brüchen, sondern auch nach möglichen Kontinuitäten im sozialen und wirtschaftlichen Leben Ostdeutschlands. Markierte die Zäsur von 1989/90 einen totalen Umbruch oder waren manche sozioökonomischen Entwicklungen in den 1990er-Jahren bereits durch soziale Anordnungen im späten Sozialismus vorgeformt? Flogen in der friedlichen Revolution also alle nur kurz hoch, um sich dann wieder auf ihre Plätze zu setzen?

Als Hauptquelle dienen zeitgenössische Befragungen von Haushalten zu ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation. Von der amtlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR wurden allerdings keine die Gesamtbevölkerung umfassenden Erhebungen vorgenommen, wie sie bspw. vom Statistischen Bundesamt mit dem Mikrozensus bis heute durchgeführt werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund konzentriert sich die Untersuchung auf Arbeitnehmer/-innenhaushalte; diese wurden auch in der DDR sozialstatistisch weitgehend erfasst. Zugleich stellten (und stellen noch immer) Arbeitnehmer/-innen die größte gesellschaftliche Gruppe dar, sodass sich an ihr sozialer Wandel sehr gut ablesen lässt. Neben Institutionen der amtlichen Statistik wurden in beiden Systemen auch von sozialwissenschaftlichen Einrichtungen Haushaltsbefragungen durchgeführt, die zwar zumeist weniger repräsentativ, aber dafür detailreicher als ihre amtlichen Pendanten waren. Die überlieferten Datensätze aus den 1980er-Jahren sind jedoch quellenkritisch besonders zu betrachten, da die DDR-Soziologen/-innen politisch stark reglementiert waren. Denn schließlich sollte in ihren Forschungsergebnissen keine gesellschaftliche Realität offenkundig werden, die dem offiziellen Bild hätte widersprechen können.

In der letzten Dekade der SED-Diktatur stand die höchste Einkommensungleichheit im Jahr 1985 zu Buche. Zu diesem Zeitpunkt verfügten die einkommensstärksten 20 % der Arbeit-

nehmer/-innenhaushalte über fast das dreifache Pro-Kopf-Einkommen des einkommensschwächsten Fünftels. Oben positionierten sich hierbei eher kleinere Haushalte mit ein oder zwei Personen, während größere Haushalte, also diejenigen mit Kindern, öfter am unteren Ende der Einkommenshierarchie anzutreffen waren. Zwar trugen Kinder über das Kindergeld gewissermaßen auch zum Haushaltseinkommen bei, allerdings reichte dies nur selten an das einer/-s erwachsenen Arbeitseinkommensbeziehers/-in heran. Hierin unterschieden sich die sozialistischen Bedingungen kaum von denjenigen unter dem späteren marktwirtschaftlichen System. So erhielt beispielsweise ein Haushalt mit zwei Kindern im Jahr 1988 etwa 70 % des gesamt durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens, während zehn Jahre später diese Verhältniszahl mit 65 % nur wenig darunterlag. Die in offiziellen Verlautbarungen behauptete Besserstellung von Familien mit Kindern im Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus ist hinsichtlich der Einkommenslage nicht haltbar.

Die Staatsführung der DDR hatte sich dem Erreichen zweier Ziele unterworfen, die in einem Konflikt zueinanderstanden, der sich kaum auflösen ließ. Auf der einen Seite stand das Gleichheitsideal ihres Säulenheiligen Karl Marx, das sich die SED als „Annäherung der Klassen und Schichten“ bzw. „Minderung sozialer Unterschiede“ in ihr Parteiprogramm eingeschrieben hatte. Und mit einer Kindergelderhöhung im Jahr 1987, die besonders zulasten des ohnehin bereits strapazierten Staatshaushalts ging, gelang es denn bspw. auch, die Einkommensungleichheit zwischen den Arbeitnehmer/-innenhaushalten um etwa 5 % zu senken. Auf der anderen Seite verzichtete die sozialistische DDR-Führung nicht darauf, Einkommen als Arbeits- und Leistungsanreiz zu nutzen – schließlich hatte sie ihrem Volk auch die „Erhöhung des materiellen Lebensniveaus“ versprochen.

Demzufolge wurden die durchschnittlich höchsten Löhne in den als volkswirtschaftlich besonders wichtig erachteten Sektoren, nämlich den industriellen Kernbranchen wie Metallurgie oder Maschinen- und Fahrzeugbau, gezahlt. Unterdurchschnittliche Arbeitseinkommen erzielten hingegen die Beschäftigten im Handel, der Textilindustrie oder auch in kulturellen und sozialen Einrichtungen. Diese Unterschiede in den Wirtschaftsbereichen zogen ihrerseits regionale Disparitäten nach sich. Überdurchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen herrschten etwa in den Arbeitnehmer/-innenhaushalten des industriegeprägten Bezirks Karl-Marx-Stadt vor. In Ost-Berlin, das bekanntlich nach Westen als Schaufenster zum Sozialismus dienen sollte, waren die Pro-Kopf-Einkommen in den 1980er-Jahren, wie auch im ersten Nachwendejahrzehnt, die höchsten im ostdeutschen Vergleich. Mit den Dienststellen der Staatsverwaltung war hier ein weiterer „gut entlohnender Sektor“ ansässig. Einkommensmäßig unten lagen die Haushalte in den ländlichen Bezirken Schwerin und Neubrandenburg; also in zwei der Vorläuferbezirke des späteren Bundeslands Mecklenburg-Vorpommern, das dann auch in den 1990er-Jahren das Schlusslicht bei den Einkommensdaten bildete.

Trotz solcher Kontinuitäten finden sich auch sozioökonomische Brüche im Untersuchungszeitraum. Herrschte 1988 im einkommensstärksten Fünftel noch das 2,7-fache Pro-Kopf-Einkommen des untersten Fünftels vor, so erhöhte sich diese Kennzahl auf 3,5 im Jahr 1991 und stieg bis zum Ende der 1990er-Jahre auf den Spitzenwert von 3,8. Gleichsam erreichte zu dieser Zeit, genauer gesagt 1998, die offizielle Arbeitslosenquote in Ostdeutschland mit 19,2 % ihr Maximum im Untersuchungszeitraum. Die D-Mark-Umstellung und hohe Tarifabschlüsse hatten für gestiegene Lohnkosten bei den ostdeutschen Unternehmen gesorgt. Zudem brachen die traditionellen osteuropäischen Absatzmärkte wie auch die inländische Nachfrage ein. Auf viele Ostdeutsche wirkten die neu verfügbaren „Westwaren“ anziehender als die alten „Ostprodukte“. Die Privatisierungspolitik unter der Ägide der Treuhand brachte weitere Betriebsstilllegungen und damit einhergehend auch – im Wirtschaftsjargon so genannte – „Arbeitskräftefreisetzungen“ mit sich.

Arbeitslosigkeit war ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Ungleichverteilung der Einkommen. Auf der einen Seite gab es Haushalte, deren Mitglieder gar nicht oder nur zeitweilig von ihr betroffen waren: Inhaber eines Hochschulabschlusses wurden verhältnismäßig seltener arbeitslos als An- und Ungelernte, aber auch als ausgebildete Facharbeiter. Folglich konnten sich frühere Funktionseliten, wenn sie nicht als politisch belastet galten, erstaunlich gut ins neue System einfinden. In der DDR waren sie vergleichsweise häufiger zu höherer

Bildung gelangt, wovon sie nun profitierten. Schließlich sah der Einigungsvertrag die Anerkennung der meisten Schul- und Berufsabschlüsse vor. Auf der anderen Seite standen jene Haushalte, für die Erwerbslosigkeit ein langwierigeres Thema war und die nun mitunter einen Gutteil ihres Einkommens über Sozialtransfers bestreiten mussten. In der Spätphase der DDR hatte in allen Einkommensgruppen die Erwerbstätigenquote von Erwachsenen bei über 90 % gelegen. Ein Jahrzehnt später, im Jahr 1998, lag diese Quote im einkommensstärksten Fünftel noch immer über 90 %. Jedoch im einkommensschwächsten Fünftel war zu diesem Zeitpunkt nicht einmal mehr jeder zweite der über 18-Jährigen erwerbstätig. Dieser Einbruch des zuvor unbekanntes Phänomens Arbeitslosigkeit in die Arbeitsgesellschaft der DDR zeitigte nicht nur einen immensen Anstieg an Einkommensungleichheit, auch kann er in seiner sozialpsychologischen Wirkung kaum überschätzt werden.

Einen Umbruch anderer Art stellt die Entwicklung des *Gender-Pay-Gap* zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dar. Aller emanzipativen Tendenzen zum Trotz hatten in der späten DDR vollbeschäftigte Frauen ein 24 % geringeres verfügbares Einkommen als ihre männlichen Pendanten. Dies hatte primär mit den strukturellen Beschäftigungsunterschieden zu tun: Es waren der Handel, die Textilindustrie sowie der Sozial- und Kulturbereich, in denen Frauen mit einem Beschäftigungsanteil von mehr als 60 und 70 % überrepräsentiert waren – also ebenjene Wirtschaftssektoren, die am unteren Ende der Lohn- und Gehaltsskala rangierten. Die Berufe mit dem höchsten Männeranteil lagen neben der Baubranche in der Metallurgie und dem Maschinen- und Fahrzeugbau, die, wie ebenfalls bereits erwähnt, überdurchschnittlich gut entlohnt wurden. Mit der starken Deindustrialisierung nach der „Wende“ veränderte sich die Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands und neben dem Bau wurde auch der Dienstleistungssektor wichtiger. In letzterem konnten nun verstärkt auch Frauen Beschäftigung finden, sodass sich die Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern auf etwa 13 % im Jahr 2000 abmilderte.

Für die Beschäftigung mit sozialer – und im engeren Sinne mit materieller – Ungleichheit wäre es nicht ausreichend, allein Einkommensdisparitäten zu beleuchten. In einem Wirtschaftssystem etwa, in dem man sich aufgrund von Mangel oder politischen Restriktionen für sein Geld nichts kaufen kann, bliebe die Verteilung von Einkommen weitgehend ohne Einfluss auf die materiellen Lebensniveaus. Da zudem Haushalten als kleinster sozialer Einheit eine Versorgungsfunktion innewohnt, ist der Blick auf die Seite der Konsumtion unerlässlich.

In der späten DDR waren die Arbeitnehmer/-innenhaushalte nahezu flächendeckend mit Küchen- und Haushaltsgeräten, wie Kühlschränke und Waschmaschinen, ausgestattet. Dies sollte nicht zuletzt den Frauen, die auch in der DDR zumeist diejenigen waren, die die Haushaltsarbeit verrichteten, Erleichterungen und Zeiteinsparungen bringen. So lag 1988 der Ausstattungsgrad mit Waschmaschinen bei 92 %. Verteilungsunterschiede vollzogen sich hier eher nach Nutzenaspekten als nach Einkommen. Ein- und Zwei-Personen-Haushalte waren, obwohl sie durchschnittlich über das höhere Pro-Kopf-Einkommen verfügten, seltener mit einer Waschmaschine ausgestattet als größere Haushalte, die freilich mehr Wäsche zu waschen hatten.

Dahingegen hatte die Einkommenslage auf die Ungleichverteilung anderer technischer Güter durchaus einen Einfluss. Die 20 % der Haushalte mit dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen verfügten 1988 nur zu gut 40 % über Farbfernseher und PKW, während die entsprechenden Ausstattungsgrade des obersten Fünftels über 60 % betragen. Doch auch hier lassen sich bei genauerem Hinsehen Differenzierungen entlang von Nutzenaspekten ausmachen. Bspw. war im „Einkommensschlusslicht“ und gleichsam sehr ländlichen Bezirk Neubrandenburg die Ausstattung mit PKW höher als in der gesamten DDR. Im großstädtischen Ost-Berlin hatten die Haushalte wiederum seltener ein Auto, waren sie doch mit breiten öffentlichen Nahverkehrsmöglichkeiten gesegnet. Zugleich lag in Ost-Berlin – das, so sei erinnert, das höchste Pro-Kopf-Einkommen aufwies – in den gesamten 1980er-Jahren die Ausstattung mit Farbfernsehern durchweg unter dem DDR-Durchschnitt, was einigermaßen bemerkenswert (und im Projekt auch noch erklärungsbedürftig) ist. In der DDR war für die Ausstattung der Haushalte neben deren Einkommen und Nutzenkalkülen auch die staatliche Konsumgüterlenkung und -verteilung ein wichtiger Faktor. Und für die, zum Großteil noch in der Weimarer Republik poli-

tisch sozialisierte, Staatsführung hatte die Versorgung mit Unterhaltungselektronik und PKW nicht gerade höchste Priorität.

Mit Einführung der Marktwirtschaft erhöhte sich nicht nur der Besitz von technischen Konsumgütern, auch lösten sich Ausstattungsunterschiede zwischen den Haushalten weitgehend auf. Waschmaschine und Farbfernseher gehörten schon bald zur Standardausstattung eines jeden ostdeutschen Haushalts. Dennoch kam es in den 1990er-Jahren zu keiner horrenden Kreditverschuldung der Haushalte, die von Manchen als Begleitung eines „ostdeutschen Konsumrausches“ erwartet worden war. Möglich wurde die Erfüllung der Konsumwünsche durch die gestiegenen Einkommen und die immensen westdeutschen Produktionskapazitäten, die die Warenverfügbarkeit schlagartig erhöhten. Überdies änderte sich mit dem Systemwechsel die Preisstruktur der verschiedenen Gütergruppen. Technische Produkte waren nun vergleichsweise günstiger zu haben, während mit dem Abbau der als „zweite Lohntüte“ apostrophierten Subventionen für Güter des täglichen Bedarfs diese relativ teurer wurden. Gleichwohl mussten nach den Einkommenszuwächsen der frühen 1990er-Jahre Arbeitnehmer/-innenhaushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern 1993 nur noch 15 % ihres Haushaltseinkommens für Nahrungsmittel aufwenden; 1988 hatte dieser Anteil noch bei 23 % gelegen. Zwar lässt sich grundsätzlich die Nachfrage nach Nahrungsmitteln nur in begrenztem Maße reduzieren und ausdehnen. Dennoch konsumierten sowohl 1988 als auch 1993 von den Vierpersonenhaushalten das einkommensstärkste im Vergleich zum einkommensschwächsten Fünftel Nahrungsmittel mit einem 20 bis 30 % höheren Wert. Einkommensdisparitäten waren also systemübergreifend ein Bestimmungsfaktor von Ungleichheiten beim Konsum.

Kurzbiographie

Christopher Banditt, geboren 1981 in Potsdam, studierte Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam. Seine Abschlussarbeit behandelte die Verfassungsdiskussion zur Zeit der deutschen Vereinigung. Nach dem Studium war er im Hochschulmanagement an der Universität Potsdam tätig. Er ist assoziierter Doktorand am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, wo er bei Prof. Dr. André Steiner promoviert.

Aktuelle Gliederung der Arbeit:

1. Einleitung
 - 1.1 Begriffsbestimmung: Soziale Ungleichheit
 - 1.2 *Exkurs: Soziale Ungleichheit als Topos der Sozialforschung in der DDR*
 - 1.3 Forschungsstand
 - 1.4 Zielstellung und Methodik
 - 1.5 Quellenbasis/Datenlage
 - 1.6 Aufbau der Arbeit
2. Ungleichheit in Ostdeutschland zwischen 1980 und 2000: Empirische Ergebnisse
 - 2.1 Einkommenslagen in Arbeitnehmerhaushalten
 - 2.2 Wohnbedingungen und Ausstattung mit technischen Konsumgütern
 - 2.3 Konsum von Waren des täglichen Bedarfs
3. Entwicklung materieller Ungleichheiten: Ursachen und Konsequenzen
 - 3.1 Das letzte Jahrzehnt der DDR
 - 3.1.1 Arbeitnehmerhaushalte im späten Sozialismus
 - 3.1.2 Geschlechterdisparitäten
 - 3.1.3 Regionale Ungleichheiten
 - 3.2 Die erste „Nachwendedekade“
 - 3.2.1 Arbeitnehmerhaushalte im Um-/Aufbruch
 - 3.2.2 Neue und alte Ungleichheiten
 - 3.3 *Exkurs: Rentnerhaushalte*
 - 3.4 Entwicklungslinien und Zäsuren der langen Transformation
4. Fazit
5. Quellen- und Literaturverzeichnis
6. Methodenanhang

„Lebenswirklichkeiten nach dem Mauerfall – Zur Rekonstruktion der DDR-Erinnerungskultur(en) der Nachwendegeneration“

Eine empirisch-rekonstruktive Studie

Von Martin Kriemann

Das Promotionsprojekt befasst sich mit dem Umgang junger Menschen der Jahrgänge 1989 bis 2003 mit der DDR-Vergangenheit. Es wird aus einer erziehungswissenschaftlichen Perspektive untersucht, wie die DDR-Geschichte von ihnen erfahren, verarbeitet und weitergegeben wird.

Das DDR-bezogene Geschichtswissen Jugendlicher wurde bereits ausführlich untersucht. In der vorliegenden Studie geht es daher nicht um die Inhalte der Wissensvermittlung, sondern vielmehr darum, *wie* Jugendliche einen Bezug zur DDR herstellen und wo ihnen die DDR-Vergangenheit im Alltag begegnet. Es wird untersucht, was Jugendliche motiviert sich mit Geschichte zu befassen und welche Bedeutung die DDR-Vergangenheit für sie heute hat.

Ziel der Studie ist es herauszufinden, was die jungen Menschen bei der Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit bewegt. Durch das Wissen darüber, was Jugendliche an der deutschen Geschichte interessiert und auf welche Art und Weise sie sich mit dieser befassen, werden Aussagen über Möglichkeiten und Grenzen für Bildungsprozesse in Schulen und an Gedenkortern möglich.

Im Rahmen des Promotionsprojekts werden Jugendliche und junge Erwachsene aus ganz Deutschland in Gruppendiskussionen mit der DDR-Vergangenheit konfrontiert. Aufgrund ihres Alters können sie nicht auf persönliche Erfahrungen zurückgreifen. Stattdessen erzählen die Jugendlichen von Erlebnissen im Umgang mit dem Thema DDR. Selbst erlebte Erfahrungen prägen die Orientierungen von Menschen und haben Einfluss auf die Lebensgestaltung. Die Erzählungen der jungen Menschen zeigen, wie sie sich mit der DDR auseinandersetzen und welche Lern- und Entwicklungsprozesse zugrunde liegen.

Die jungen Menschen erleben in ihrem Alltag bewusst und unbewusst, wie mit der DDR-Vergangenheit umgegangen wird. Das erlangte Wissen über die DDR beeinflusst wiederum das eigene Geschichtsverständnis. Dadurch ‚bauen‘ sich die Jugendlichen ihre eigenen Zugänge zur Geschichte.

Da historische Lernprozesse überwiegend unbewusst stattfinden, werden diese über das rekonstruktive Verfahren der Dokumentarischen Methode sichtbar gemacht.

Im ersten Teil der Studie wird untersucht, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Jugendlichen aus Ost und West bestehen. Im zweiten Teil wird beleuchtet, wie diese mit verschiedenen Erfahrungen, bedingt durch Herkunft, Alter, Bildungsstand, soziale Schicht und Religion zusammenhängen.

Im Folgenden werden erste Erkenntnisse zusammenfassend dargestellt.

In den Gruppengesprächen wird Geschichte von den Jugendlichen anhand von persönlichen Erzählungen des heutigen Lebens in Deutschland vergegenwärtigt. Die jungen Menschen machen sich schwer vorstellbare und abstrakte Themen zugänglich, indem sie Geschichte mit alltäglichen Themen verbinden. Sie übersetzen hierbei historische Diskurse in Alltagssprache und verknüpfen Geschichte und Gegenwart.

Ereignisse, die die nationale Geschichte betreffen, werden von den Jugendlichen als wichtiger Teil des eigenen biographischen Geworden-Seins verstanden. Dies zeigt sich vor allem darin, dass sie die Geschichte Deutschlands mit der eigenen Familiengeschichte verknüpfen. Insbesondere die Deutsche Einheit ist fest im kollektiven Gedächtnis dieser

Generation verankert und wird als positives historisches und familienbiographisches Ereignis dargestellt.

Die Jugendlichen erkennen in der Beschäftigung mit der Vergangenheit einen bedeutenden Beitrag für das Zusammenleben in der Gesellschaft und die eigene Entwicklung. Die Beschäftigung mit der Teilungsgeschichte ist Ausdruck ihres Bedürfnisses, sich und die eigene Familie im vereinten Deutschland zu verorten.

Überraschenderweise wird von allen Jugendlichen eine Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte als wichtig und notwendig erachtet. Weder von Jugendlichen aus Ost noch West wird angezweifelt, dass die Beschäftigung mit der DDR für das eigene Leben bedeutsam ist. Überdies erleben die jungen Menschen, von ihnen Wissen über die deutsche Geschichte, insbesondere über die Teilung und Wiedervereinigung erwartet wird. Durch die eigenen und gesellschaftlichen Erwartungen müssen die Jugendlichen geeignete Wege finden sich dieses Wissen zu erschließen.

Hierzu beziehen sie sich zum einen auf gesellschaftliches Faktenwissen u.a. aus Schulbüchern. Zum anderen stützen sie sich auf Erfahrungswissen. Sie gewinnen es über Erzählungen in den Familien sowie erlebte Rituale, Orte und Symbole, z.B. über die Berliner Mauer oder das Sandmännchen.

Einerseits erlernen sie Vergangenheitsdeutungen also größtenteils in der Schule, die sich überwiegend auf geschichtliche Daten, Zahlen und Fakten stützen. Zugleich verfügen sie andererseits über ein Wissen, das die Jugendlichen vor allem in den Familien erwerben. Dieses Wissen stützt sich vorwiegend auf Erfahrungen, die die eigenen Eltern und Großeltern gemacht haben. Während das Faktenwissen in der gesamten Gesellschaft anerkannt ist, ist das Erfahrungswissen vor allem in dem Rahmen gültig, in dem es entsteht und weitergegeben wird.

Die zum Teil abweichenden Geschichtsdeutungen versuchen die Jugendlichen miteinander zu vereinbaren. Sie stehen also vor dem Problem, sich einerseits mit Geschichte befassen zu müssen, weil es von ihnen erwartet wird. Dabei stoßen sie andererseits auf zahlreiche widersprüchliche Geschichtsdeutungen und Bilder der DDR.

Von allen Jugendlichen wird die DDR vor dem Hintergrund des Lebens im heutigen Deutschland beurteilt. Über Darstellungen von ganz konkreten Geschichten, die Menschen betreffen, wie z.B. durch Haft getrennte Familien, wird die DDR von den Jugendlichen vorstellbar gemacht. In einigen Fällen wird zwar das soziale Miteinander in der ehemaligen DDR als erstrebenswert gesehen. Dennoch orientieren sich ausnahmslos alle Jugendlichen, die an der Studie teilgenommen haben, an freiheitlichen und demokratischen Werten.

Unterschiede zeigen sich vor allem in verschiedenen Zugängen zur Vergangenheit.

Ein Teil der Jugendlichen erschließt sich die Vergangenheit über emotionale und sinnliche Erfahrungen. Diese Jugendlichen beziehen sich vor allem auf eigene Erlebnisse, die bspw. an Gedenkortern gemacht wurden. Eigene Interpretationen des dort Erlebten werden nicht als subjektive Wahrheiten erkannt. Stattdessen halten die Jugendlichen ihre Erfahrungen für ein Verstehen von historischen Tatsachen. Familiäre Tradierungen werden für objektive Fakten gehalten und gegen abweichende Deutungen verteidigt. Jugendliche, die diesen Zugang zur Geschichte haben, können durch eigene Erfahrungen an Gedenkortern, mit Zeitzeugen oder durch sinnliche Reize dazu angeregt werden, sich mit Geschichte zu befassen. Diese sinnlichen Erfahrungen haben das Potential Interesse an Geschichte zu wecken, um das zuvor selbst Erlebte einordnen zu können.

Im Gegensatz dazu wehren andere Jugendliche eine emotionale Auseinandersetzung konsequent ab. Sie wollen nicht dazu angehalten werden, sich aufgrund der deutschen Vergangenheit betroffen zeigen zu müssen. Persönliche Geschichten, die nicht zur eigenen Darstellung passen, werden ausgeblendet. Stattdessen nähern sie sich der Vergangenheit

über Faktenwissen. Dabei interessieren sie besonders geschichtliche Entwicklungen Deutschlands und internationale Zusammenhänge. Für diese Jugendlichen bietet ein faktenbezogener und nüchterner Umgang mit Geschichte den geeigneten Rahmen der Auseinandersetzung. Sie eignen sich historisches Faktenwissen vor allem deshalb an, um gesellschaftlichen Erwartungen gerecht zu werden.

Eine weitere Gruppe Jugendlicher beschäftigt sich vor allem mit dem eigenen biographischen Geworden-Sein. Sie reflektieren eigene Erfahrungen und emotionale Verstrickungen und hinterfragen die eigene Familiengeschichte. Außerdem thematisieren sie den Zusammenhang von gültigen Geschichtsdeutungen und aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik. Diese Jugendlichen sind bereit, sich mit allen thematisierten Aspekten der Auseinandersetzung zu beschäftigen, eigene Geschichtsdeutungen selbstkritisch zu diskutieren und zu verändern

Die dargestellten Zugänge zur DDR-Vergangenheit weisen auf unterschiedliche Typen der Auseinandersetzung hin. Vorhandene Angebote der gesellschaftlichen Auseinandersetzung können je nach Typ einen Zugang zur Geschichte nahe legen, erschweren oder sogar ganz verhindern.

Wenn man die Jugendlichen fragt, beziehen sie sich vor allem auf Erfahrungen älterer Generationen. Sie machen aber auch eigene Erfahrungen mit der Teilungsgeschichte. Die DDR überdauert beispielweise durch Tradierungen in der Familie und im Freundes- und Bekanntenkreis. Nicht zu unterschätzen ist der Einfluss der Lehrkräfte in der Schule. Ihre Geschichtsdeutungen werden als besonders relevant empfunden aber auch besonders kritisch hinterfragt. Nicht zuletzt sind Erlebnisse, die an Gedenkorten gemacht werden sowie eine Beschäftigung mit verschiedenen Medien insbesondere bei den Jüngeren der Untersuchungsgruppe wichtig.

Verschiedene Möglichkeiten sich mit Geschichte zu befassen, bieten jedoch nicht nur die Chance möglichst viele unterschiedliche Jugendliche für ein historisches Thema zu interessieren. Unterschiedliche Quellen des Wissens über die DDR bergen auch die Schwierigkeit, dass die Jugendlichen einer unbewussten Spannung ausgesetzt werden. Sie fühlen sich mit dem Einordnen der unterschiedlichen Informationen überfordert. Diese Spannung wird umso größer, je mehr Wissen aus verschiedenen Quellen vorhanden ist und miteinander vereinbart werden muss.

In den Gruppendiskussionen zeigt sich, dass sich die Jugendlichen in einem Konflikt befinden. Sie können sich nicht so mit Geschichte befassen, wie sie es eigentlich wollen. Die Rahmenbedingungen passen oft nicht zum eigenen Zugang zur Geschichte. Jugendliche, die sich mit konkreten Geschichten von Menschen befassen wollen, werden in der Schule dazu angehalten, sich hauptsächlich auf Faktenwissen zu beziehen. Diejenigen, die sich faktenbezogen mit Geschichte befassen wollen, werden mit Erwartungen an eine emotionale Verarbeitung überfordert. Jugendliche, die sich kritisch mit Geschichte befassen wollen, werden mit „absoluten Wahrheiten“ von Geschichte konfrontiert.

Des Weiteren stellen die jungen Menschen Erwartungen an sich selbst, die nur schwer einlösbar sind. Sie wollen bspw. Erzählungen aus der eigenen Familie prüfen, können sich aber aufgrund ihres Alters nicht auf eigene Erfahrungen beziehen. Die Jugendlichen sehen sich also häufig den Erfahrungen der älteren Generationen ausgeliefert. Neben dem Wissen der Älteren werden auch Orientierungen an sie weitergegeben. Insbesondere eine Orientierung an Differenz, die Stereotype und Vorannahmen über „Ossis“ und „Wessis“ beinhaltet, wird so von einer Generation zur nächsten weitergegeben.

Jugendliche haben heute einerseits den Anspruch, sich vorurteilsfrei mit Gleichaltrigen aus Ost und West als eine Generation zu begegnen. Andererseits haben sie die Vorurteile der Elterngeneration so stark verinnerlicht, dass sie sich nicht von diesen lösen können. Stattdessen reproduzieren sie diese und geben sie fataler Weise selbst weiter. Sogar in den Fällen, in denen die Jugendlichen dieses selbstreflexiv erkennen und kritisch hinterfragen, können sie diese erlernten Vorurteile nicht gänzlich überwinden.

Auf der Suche nach dem eigenen Platz in der Gesellschaft positionieren sich die Jugendlichen und entwickeln erneut Kategorien von Zugehörigkeit und Differenz. Die größte Abgrenzung findet jedoch nicht wie erwartet zwischen Jugendlichen aus Ost und West, sondern in Abgrenzung zu älteren Menschen mit eigenen Erfahrungen vor der Deutschen Einheit statt. Dennoch ist nach fast 30 Jahren Deutscher Einheit die Herkunft aus Ost oder West von großer Bedeutung.

In den Gruppendiskussionen werden Ost-West-Differenzen auf unterschiedliche Weise thematisiert und bearbeitet. Eine große Herausforderung für die Jugendlichen besteht darin, sich stets auf zwei nationale Geschichten beziehen zu müssen. Die Befragten verhandeln zwei deutsche Geschichten miteinander und bringen diese zusammen, um eine gemeinsame nationale Geschichte erzählen zu können. Auf der Suche nach Gemeinsamkeiten versuchen die jungen Menschen also intuitiv ‚Einheit‘ herzustellen. Sie beziehen sich dazu bspw. auf die gemeinsame deutsche Geschichte vor der Teilung Deutschlands. In der Suche gemeinsamer historischer Wurzeln dokumentiert sich das Bedürfnis nach einer fraglosen, gemeinsamen Zugehörigkeit zu einer Nation. Die befragten Jugendlichen nutzen das Format der Gruppendiskussion als Chance für die Überwindung von Unterschiedlichkeit. Sie tauschen sich über Unterschiede aus und sammeln dabei neue, gemeinsame Erfahrungen.

Kurzbiographie

Martin Kriemann, 1981 in Berlin geboren, studierte Soziale Arbeit und Praxisforschung in Sozialer Arbeit und Pädagogik an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Im Anschluss arbeitete er in verschiedenen Projekten der Jugendhilfe, war als Gastdozent tätig und arbeitete im Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Er promoviert an der Freien Universität Berlin bei Prof. Dr. Inka Bormann.

Aktualisierte Gliederung

I. Einleitung

1. Problemstellung
2. Aufbau der Arbeit

II. Theoretischer Teil

1. Begriffsbestimmungen (Erinnerung und Gedächtnis)
 - 1.1. Jugend aus soziologischer und entwicklungspsychologischer Perspektive
2. Aktueller Stand der Jugendforschung im Kontext von historischem Lernen
 - 2.1. Zum DDR-bezogenen Geschichtsbewusstsein Jugendlicher
 - 2.2. Zum Einfluss der Teilung und Wiedervereinigung auf die Biographie
3. Aneignung, Verarbeitung und Weitergabe historischen Wissens
 - 3.1. Formalisierte und informelle Lernprozesse
 - 3.2. Kommunikative und konjunktive Wissensbestände
 - 3.3. Kollektive Erfahrungsräume und subjektive Sinnstrukturen
 - 3.4. Sozialisationsinstanzen der Jugendgeneration
 - 3.4.1. Die DDR im Familiengedächtnis
 - 3.4.2. Zum Einfluss der Peer-Groups auf Geschichtskonstruktionen
 - 3.4.3. Die DDR-Erinnerungskulturnormen in der Schule und den Medien

III. Methodisches Vorgehen

1. Soziale Wirklichkeit und Forschung – eine sozialkonstruktivistische Perspektive
2. Vorüberlegungen, Forschungsfragen, Forschungsziele
3. Datenerhebung und Datenauswertung
 - 3.1. Das Gruppendiskussionsverfahren als Erhebungsmethode
 - 3.2. Sampling und Feldzugang
 - 3.3. Die Dokumentarische Methode
 - 3.4. Gütekriterien qualitativer Forschung und Generalisierbarkeit der Ergebnisse
 - 3.5. Kritik, Potentiale und Grenzen rekonstruktiver Forschung

IV. Empirische Analysen

1. Fallbeschreibungen
2. Genese der Basistypik
3. Sinngenetische Typenbildung

V. Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse

1. Soziogenese der rekonstruierten Typen
2. Ost- und Westdeutsche im Vergleich
3. Jugendliche und junge Erwachsene im Vergleich
4. Fazit und Zusammenfassung
5. Potenziale der Methode der Gruppendiskussionen in der politischen Bildungsarbeit
6. Ausblick

VI. Anhang

Schrittweiser Bedeutungsverlust?

NS-Verfolgte als Akteure der Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik, der DDR und in Österreich.

Von Nadine Jenke

Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrten zuvor politisch, rassistisch, religiös und anderweitig Verfolgte in die alliierten Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs zurück oder blieben dort nach ihrer Befreiung. Sie lebten gemeinsam mit den nationalsozialistischen Tätern in der deutschen und österreichischen Gesellschaft. In der Strafverfolgung trafen sie unmittelbar aufeinander. Das Promotionsvorhaben fragt, ob und in welcher Form NS-Verfolgte in die justizielle Ahndung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik, DDR und Österreich (bzw. in den vorangehenden alliierten Besatzungszonen) eingebunden waren und so die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit mit geprägt haben. Die Strafverfolgung war ein Raum, in dem neue Rollen und Interessen artikuliert und verhandelt wurden. Die Studie eröffnet somit auch eine Perspektive auf diese gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse in den drei Nachfolgestaaten.

Das Dissertationsprojekt beginnt zeitlich bei den ersten Verfahren im Jahr 1945 und schließt mit dem Ende der SED-Diktatur 1989/90. Der chronologische Aufbau orientiert sich an den Phasen der Strafverfolgung. Es werden Einschnitte in Hinblick auf die Einbindung und Handlungsmöglichkeiten von NS-Verfolgten in der justiziellen Ahndung herausgearbeitet. Die Untersuchung folgt einem akteurszentrierten Ansatz und betrachtet das Thema aus einer vergleichenden und verflechtungsgeschichtlichen Perspektive. Dem liegen drei zentrale Überlegungen zugrunde.

Erstens werden die NS-Verfolgten in dem Projekt als Akteure betrachtet. Sie verharrten nicht in einer passiven „Opferrolle“, sondern versuchten vielmehr, eigene Anliegen gesellschaftlich durchzusetzen. Es handelte sich dabei um keine homogene Gruppe: Sie unterschieden sich in den Verfolgungserfahrungen und Selbstverständnissen; nach 1945 sahen sie sich teilweise sehr voneinander abweichenden Formen gesellschaftlicher (Nicht-)Anerkennung ihrer Verfolgungsschicksale gegenüber. Die Interessen der NS-Verfolgten waren entsprechend vielschichtig, ihre Zielsetzungen zum Teil gegenläufig. Davon ausgehend interessieren auch die Grautöne: etwa NS-Verfolgte als Entlastungszeugen vor Gericht oder als Unterstützer staatlicher Rehabilitation von NS-Belasteten.

Zweitens untersucht das Vorhaben das Engagement der NS-Verfolgten in der Strafverfolgung vor dem Hintergrund ihrer gesellschaftlichen Einbindung. Das heißt, ihr Handeln wird an die politischen Systeme und Umgangsweisen mit der NS-Vergangenheit rückgebunden. Die Bundesrepublik, die DDR und Österreich gingen aus dem Deutschen Reich hervor. Abgesehen von diesem gemeinsamen Ausgangspunkt wichen sie politisch – die demokratischen Verfassungen in der Bundesrepublik und Österreich, die SED-Diktatur in der DDR –, aber auch erinnerungskulturell sehr voneinander ab. Durch den vergleichenden Zugriff kann beleuchtet werden, wie sich die unterschiedlichen und sich wandelnden Rahmenbedingungen auf die Beteiligungsformen der NS-Verfolgten sowie deren Reichweiten auswirkten.

Drittens wird die verflechtungsgeschichtliche Dimension des Untersuchungsgegenstands betont. Mit diesem Zugang erweitert das Projekt die bisherige Forschung, die sich vor allem auf einzelne NS-Verfolgten(verbände) und Einzelstaaten konzentriert. Übergreifende Erklärungszusammenhänge werden so erst sichtbar. Die Interventionen der NS-Verfolgten vollzogen sich vielfach nicht nur innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen, in denen sie lebten. Konkret sollen das grenzüberschreitende Handeln und Kooperationen von Einzelpersonen und Verbänden, die zeitweise zur Ausbildung von transnationalen Ermittlungsnetzwerken führten, freigelegt werden. Untersucht werden die zugrunde liegenden Interessen und Formen der Aushandlung zwischen den NS-Verfolgten. Dabei liegt der Fokus auch auf politischen Instrumentalisierungsversuchen, etwa der SED im Kontext des Ost-West-Konflikts.

Kurzbiographie

Nadine Jenke, geb. 1988, studierte Zeitgeschichte und Soziologie in Potsdam. Parallel arbeitete sie als wissenschaftliche Hilfskraft am Zentrum für Zeithistorische Forschung. Nach einem Volontariat in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora war sie Ausstellungsassistentin der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und zuletzt wissenschaftliche Mitarbeiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau. Sie promoviert bei Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller in Jena.

VI. Gliederungsentwurf

1. Einleitung

2. NS-Verfolgte als Motoren der Strafverfolgung in der frühen Besatzungszeit

- 2.1 Erweiterter Handlungsspielraum: die Transformationszeit zwischen alliierter Strafverfolgungsimpetus und provisorischen Justizstrukturen
- 2.2 NS-Verfolgte als Kooperationspartner und institutionelle Akteure der Ermittlungsbehörden in Westdeutschland und Österreich
- 2.3 Der Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“ und die VVN als Ermittlungsorgane in der SBZ Deutschlands
- 2.4 transnational und verbändeübergreifend: die Zusammenarbeit der Fahndungsdienste der politisch und jüdisch Verfolgten in den Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs
- 2.5 Brüche: Ermittlungsfokus auf die eigenen Verfolgungsschicksale als implizite Opferkonkurrenz

3. Einflussverlust und Konflikte in der Phase staatlicher Konstituierungen

- 3.1 Handlungsbegrenzungen I: Zentralisierung des Justizsystems in der DDR und das MfS als neues Untersuchungsorgan
- 3.2 „Verordneter Antifaschismus“: der Übergang von der VVN zum KdAW im Zeichenstaatlicher Neujustierung
- 3.3 Handlungsbegrenzungen II: nachlassender Strafverfolgungswille in Westdeutschland und Österreich und politische Neujustierung im Ost-West-Konflikt
- 3.4 Interventionsversuche: öffentliche Proteste gegen die bundesrepublikanische Urteilspraxis
- 3.5 Politische Zersplitterung der westdeutschen und österreichischen Verbände als Belastung der Ermittlungsnetzwerke
- 3.6 Gesellschaftliche Adaption oder vorübergehende Kapitulation? Die Selbstaufösungen der Jüdischen Historischen Dokumentationen Wien und Linz

4. Neue Handlungsreichweiten und Grenzsetzungen: die westdeutschen NS-Prozesse in den „langen 1960er Jahren“

- 4.1 Neustart? Die Gründung der ZSL Ludwigsburg und die Intensivierung der Strafverfolgung in der Bundesrepublik
- 4.2 „Stimme der Opfer“ und politisches Instrument: die Nebenklagevertretungen der Emigranten Henry Ormond und Friedrich Karl Kaul
- 4.3 Jenseits der Zeugenschaft: die Partizipationsansprüche der NS-Verfolgten als Konfliktthema mit den bundesrepublikanischen Justizvertretern
- 4.4 Indienstnahme für die „Westarbeit“ oder Ausdruck des „antifaschistischen Konsenses“? Die Unterstützung des KdAW bei der SED-Prozesspropaganda
- 4.5 Systemkonformität als Voraussetzung: die Überprüfung der ostdeutschen Zeugen durch das MfS im Zuge deutsch-deutscher Rechtshilfe
- 4.6 Widersprüche? NS-Verfolgte als Entlastungszeugen

5. Begrenzte Handlungsradien: Interventionsversuche in der DDR und in Österreich in den 1960er und 1970er Jahren

- 5.1 Ausgangslage: Schauprozesse in der DDR und zögerliche Strafverfolgung in Österreich
- 5.2 Transfer: die westdeutschen Verfahren als Agendaverstärker der österreichischen NS-Verfolgten
- 5.3 Erzeugung öffentlichen Drucks: Pressekonferenzen und Memoranden der Jüdischen Gemeinden und Simon Wiesenthals
- 5.4 Zwischen neuen Impulsen im Spannungsklima und Interventionsgrenzen der „faktischen Generalamnestie“ 1975: der Bund Jüdischer Verfolgter des Naziregimes als zentraler Akteur der österreichischen Ermittlungen
- 5.5 Punktuell und intern: Kritiken von ostdeutschen NS-Verfolgten an den Leerstellen der Strafverfolgung im eigenen Land
- 5.6 Verflochten: das KdAW als Adressat von Ermittlungsanfragen der westdeutschen VVN
- 5.7 Wiener Interventionen: Forderungen von Simon Wiesenthal und Hermann Langbein nach systematischen Untersuchungen in der DDR

6. Neue Akteure und Abnahme einer aktiven Aushandlung: die 1980er Jahre

- 6.1 Staatliche Anerkennung als Voraussetzung: der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma als Initiator einer eigenständigen Strafverfolgung zu den Verbrechen im „Zigeunerlager“ von Auschwitz-Birkenau
- 6.2 Zwischen Öffnung und Instrumentalisierung: die ostdeutschen Ermittlungen zum Judenmord und die Einbindung jüdischer NS-Verfolgter
- 6.3 Aushandlungsprozesse: die westdeutschen und österreichischen NS-Verfolgten und die Vertreter der „zweiten Generation“

7. Schlussbetrachtung

Deutsch-deutsche Umweltpolitik im internationalen und gesellschaftlichen Kontext des Ost-West-Konflikts, 1970 – 1990

Von Sophie Lange

Verpestete Luft und vergiftete Flüsse machen nicht an Mauern und Grenzen Halt. Umweltverschmutzung kennt viele Wege, wie zum Beispiel über die Elbe: Transportierte sie metall- und giftige Stoffe wie Phosphor, Quecksilber und vieles mehr von der DDR in die Bundesrepublik, lagerten sich diese toxischen Elemente in den Sedimenten ab. In Hamburg wurde wiederum der Hafen ausgebagert, und da der Schlick nun nicht mehr wegen seines Giftgehaltes in der Umgebung als Düngemittel eingesetzt werden konnte, musste er zur Deponie. Hamburg verbrachte seinen Müll, u. a. besagten Schlick, auf die Sondermüllkippe VEB Deponie Schönberg nahe der innerdeutschen Grenze auf ostdeutschem Gebiet. Somit gelangte das Gift wieder zurück in die DDR. Die Lübecker wiederum befürchteten, dass aus dieser Deponie schädliche Sickerwasser austraten, die unter der Grenze das Grundwasser verseuchen könnten. Dies zeigt die Komplexität des Untersuchungsgegenstandes einer deutsch-deutschen Umweltpolitik.

Eine solche Politik gestaltete sich denn auch zwischen der Bundesrepublik und der DDR schwierig. Wurde sie in den 1970er Jahren stark für die Entspannungspolitik im Ost-West-Konflikt instrumentalisiert, war sie zudem enorm von wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig. Dem westdeutschen Verursacherprinzip stellte die DDR ihr „Nutznieserprinzip“ entgegen – wer von Maßnahmen profitiert, zahlt. Vertreter und Experten der DDR und der Bundesrepublik sprachen und verhandelten daher auf mehreren Ebenen – lokal, bilateral, international – über verschiedene Probleme industrieller Umweltverschmutzung. Das Thema war u. a. für Nachfolgeverhandlungen im Grundlagenvertrag 1972 festgeschrieben. Dennoch kam es in den 1970er Jahren nicht zu bilateralen Verhandlungen. Grund hierfür war eine Auseinandersetzung über die Einrichtung des Umweltbundesamtes in Westberlin. Erst in den 1980ern nahmen beide deutsche Staaten einen erneuten Anlauf und verabschiedeten 1987 eine gemeinsame Umweltvereinbarung.

Überwiegend anhand der bilateralen Gespräche wird analysiert, wie sich zwei verschiedene Gesellschaftssysteme über das grenzüberschreitende Thema „Umwelt“ verständigten und unter welchen schwierigen Bedingungen sie gegebenenfalls Lösungen fanden. Gefragt wird daher nach Motivation, Kommunikation und Interaktion der jeweiligen Akteure. Als Beispiele dienen v. a. die Luft- und Gewässerverschmutzung sowie die Müllverbringung in die DDR, um diese Beziehungen anhand unterschiedlicher Wirkungsrichtungen genauer zu differenzieren. Flossen Gewässer vor allem von Ost nach West, wehte der Wind auch häufig von West nach Ost. Eine solche Umweltgeschichte vernetzt neben den einzelnen Umweltproblemen auch unterschiedliche Akteure von Politikern, Experten und Umweltschützern miteinander. Ohne eine Rahmung der internationalen und gesellschaftlichen Zusammenhänge, stünden die Umweltverhandlungen allerdings in einem luftleeren Raum. Dabei waren sich Umweltbewegte aus Ost und West oftmals nicht „grün“. Dennoch sind transnationale und lokale Verbindungen zwischen Umweltgruppen beider Länder von Belang, da sie Druck auf ihre jeweiligen Regierungen ausübten. Ebenso sind auch die internationalen Verflechtungen, insbesondere ost-west-übergreifende Gremien, wie die Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und die Economic Commission for Europe (ECE) der Vereinten Nationen nicht aus dem Blick zu verlieren, soweit sie die beiden deutschen Staaten betreffen. Über zahlreiche Konferenzen und Symposien konnte sich v. a. die DDR dem internationalen Trend zu mehr Umweltschutz nicht mehr entziehen. Somit gerät das vermeintlich unpolitische Thema jedoch in die Fronten der binären Ordnungsvorstellung im Kalten Krieg. Diese gilt es deshalb auszuloten. Inwiefern spielte der Ost-West-Konflikt tatsächlich eine maßgebende Rolle oder auch nicht? Und, starb die DDR den „Ökozid“ oder auch nicht?

Kurzbiografie

Sophie Lange, geb. 1988 in Berlin, studierte von 2008–2015 Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Nebenbei arbeitete sie als stud. Hilfskraft in der Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“. Nach dem Studium war sie u.a. für das Berliner Kolleg Kalter Krieg tätig. Ihre Dissertation wird seit 2016 von Prof. Dr. Gabriele Metzler an der Humboldt-Universität zu Berlin betreut.

Gliederung

1. Einleitung (mit Thema, Fragestellung, Quellen, Methoden, Literatur etc.)

Teil 1

Genese der Umweltpolitik

2. Die Entstehung der Umweltpolitik in den deutschen Staaten und in der Welt

2.1. Das Umweltprogramm der Bundesrepublik Deutschland

2.2. Das Landeskulturgesetz der Deutschen Demokratischen Republik

2.3. Der kalte Kampf um internationalen Einfluss

2.3.1. Ein Symposium in Prag 1971

2.3.2. Eine Umweltkonferenz in Stockholm 1972

3. „Nicht-Umweltverhandlungen“ – bilateral 1973 – 1980

3.1. Der Grundlagenvertrag – Samen deutsch-deutscher Umweltpolitik

3.2. Ein Gespräch im November 1973

3.3. Das Umweltbundesamt 1974

4. Grüne Entspannungspolitik – multilateral

4.1. Erste Triebe in der KSZE

4.2. Arbeit in der ECE

4.3. Boykott des Umweltbundesamtes – Der Fall Hasselbarth

4.4. Die Hochrangige Tagung zur Umwelt 1979 in Genf

Fazit: Umweltpolitik als Entspannungspolitik oder Spielball des Kalten Krieges?

Teil 2

Kleine grüne Schritte in der internationalen Krise

5. Deutsch-deutsche Annäherungen in politisch schwierigen Zeiten

5.1. Ein Erdbeben lockert die deutsch-deutschen Fronten

5.2. Wasserpolitik in engen Grenzen

- 5.2.1. Die Gewässer Berlins
- 5.2.2. Die Werra – kleiner Fluss, große Probleme
- 5.2.3. Das Modell Röden
- 5.2.4. Die Elbe, die Nordsee und die Grenze
- 5.3. Giftmüllhandel zwischen DDR und Bundesrepublik
 - 5.3.1. Die Entstehung eines „neuen“ Umweltproblems
 - 5.3.2. Expertengespräche und „Mülltourismus“
 - 5.3.3. Der VEB Deponie Schönberg – „Kloake Europas“ oder „Darmausgang der Nation“?
- 5.4. *Exkurs: Atommüll und Strahlenschutzgespräche*
- 5.5. „In Ost und West geht uns die Luft aus“
 - 5.5.1. Gespräche zu Waldschäden und zur Rauchgasentschwefelung
 - 5.5.2. Deutsch-deutsches Propaganda-Symbol Buschhaus
- 5.6. Umweltpolitik als Konfliktmoderation im Kalten Krieg
 - 5.6.1. Die Münchner Umweltschutzkonferenz 1984
 - 5.6.2. Bayerische Deutschlandpolitik auf grünem Feld
 - 5.6.3. KSZE in Wien 1986

Teil 3

Umwelt ist überall

- 6. Imagined *Green* Community?
 - 6.1. „Konstruktive Frechheit“ üben – Umweltgruppen in Ostdeutschland
 - 6.1.1. Die Gesellschaft für Natur und Umwelt
 - 6.1.2. Die Kirche und das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg
 - 6.1.3. Die Umweltbibliothek in Berlin
 - 6.2. Umweltbewegung West und ihre Bemühungen um den Osten
 - 6.2.1. Der offizielle Weg (BBU, Die Grünen, BUND)
 - 6.2.2. Der inoffizielle Weg (Die Grünen, Robin Wood)
 - 6.2.3. Ein dritter Weg à la Greenpeace
- Fazit: Umweltkrise als Systemkrise?

Teil 4

Wandel durch Handel – Umwelt konkret

- 7. Die Umweltvereinbarung 1987
 - 7.1. Die Verhandlungen
 - 7.2. Die Vereinbarung
 - 7.3. Die Arbeitsprogramme

- 7.4. Die Dichte der Verflechtung
 - 7.4.1. Städtepartnerschaften
 - 7.4.2. Umweltfonds
 - 7.4.3. Umweltpilotanlagen
 - 7.4.4. „BRD – DDR. Bloß rüber damit – Dreck dankend retour“ – eine Müllverbrennungsanlage für Berlin
- 7.5. *Exkurs: Der Drömling und die Frage des deutsch-deutschen Naturschutzes*

Teil 5

Wiedervereinigung 1989 – 1990

- 8. Zwischen Abgrenzung, Vernetzung und Politik – Quo Vadis?
 - 8.1. Umweltdiskussion Ost
 - 8.1.1. Der Vernetzungsstreit – Umweltbibliothek vs. Arche vs. KFH
 - 8.1.2. Greenway – ein osteuropäisches Greenpeace?
 - 8.2. Umweltdiskussion West
 - 8.3. Das Konzept der „ökologischen Sicherheitspartnerschaft“
 - 8.4. KSZE in Sofia 1989
 - 9. Politische Entwicklungen im Umbruch der DDR
 - 9.1. Neue Projekte, neue Minister, neue Partei(en)
 - 9.2. Das Projekt einer Umweltkommission
 - 9.3. Der (deutsch-deutsche) grüne Tisch
 - 9.4. Das „Tafelsilber der deutschen Einheit“
- Fazit: „Es wächst zusammen, was zusammen gehört...“?

Ausblick

„Blühende Landschaften“?

Deutsch-Deutsche Geschichte im Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten

Von Moritz Heitmann

„Fragt Menschen nach ihren Erlebnissen und Erfahrungen mit der Teilung in Deutschland und sammelt Materialien dazu“ (Körper-Stiftung 1994, S. 29). Die Aufgabe, die die Körper-Stiftung in ihrem Magazin „Spuren Suchen“ formuliert, erscheint simpel. Brisant wird sie durch den Zeitpunkt, zu dem sie formuliert wird: 1994/1995 lautete der Titel des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten „Ost-West/West-Ost-Geschichten. Jugendliche fragen nach“.

3856 Kinder und Jugendliche reichten im Zuge diesen Wettbewerbs insgesamt 947 Arbeiten zu diesem Thema ein – zu einem Zeitpunkt als deutsch-deutsche Geschichte gerade zum Gegenstand intensiver geschichtspolitischer wie -wissenschaftlicher Debatten avancierte.

Dass der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten häufig Themen wählt, die Diskussions- und Polarisierungspotential besitzen, wird deutlich, wenn man die Gegenstände in der knapp 50-jährigen Geschichte des 1973 von dem Hamburger Stifter Körper und dem damaligen Bundespräsidenten Heinemann initiierten Wettbewerbs betrachtet. Dabei hat sich der Wettbewerb – mit mittlerweile mehr als 141.000 Teilnehmer*innen, die über 31.500 Beiträge eingereicht haben – zum größten Wettbewerb auf dem Feld historischen Lernens entwickelt. Das Dissertationsvorhaben will am konkreten Beispiel des Geschichtswettbewerbs 1994/1995 zur deutsch-deutschen Geschichte aufzeigen, wie die Institution ‚Geschichtswettbewerb‘ Themen auswählt, setzt und verhandelt.

Mittlerweile im Zwei-Jahres-Turnus werden im Zuge des Geschichtswettbewerbs Themen ausgeschrieben, die Schüler*innen mit der Methode des forschend-entdeckenden Lernens bearbeiten sollen: Teilnehmende sollen selbst zu Forscher*innen werden und mittels Methoden der Geschichtswissenschaft Fragen, an denen sie interessiert sind, nachgehen. Dabei werden sie angehalten, ihre Spurensuche in ihrer näheren Umgebung, lokal- und familiengeschichtlich zugeschnitten also, zu betreiben. Die Wettbewerbsthemen diskutieren und wählen ein Kuratorium, berufen und geleitet von Bundespräsidialamt und Körper-Stiftung sowie ein wissenschaftlicher Beirat, berufen von dem*r Geschäftsführer*in des Geschichtswettbewerbs bei der Körper-Stiftung. Im Magazin „Spuren Suchen“ werden schließlich Thema und Arbeitsauftrag vorgestellt und Anregungen gegeben, auf die die Teilnehmenden dann mit ihren Beiträgen zum Thema reagieren sollen. Die Beiträge werden von berufenen Jurys auf Regional- und Bundesebene begutachtet und die besten schließlich vom Bundespräsidialamt prämiert und von der Körper-Stiftung öffentlichkeitswirksam präsentiert.

Dass der Wettbewerb 1994/1995 mit dem Thema „Ost-West/West-Ost-Geschichten“ ausgeschrieben wurde, erlaubt, Einblicke in Erzählungen, Darstellungen und Diskussionen deutsch-deutscher Geschichte Mitte der 1990er Jahre zu erhalten. Gleichzeitig wird anhand dessen, wie der Wettbewerb ein auch in anderen Bereichen der Gesellschaft langsam diskutiertes Thema verarbeitet sichtbar, welche eigenen Akzente das Format des Wettbewerbs zu setzen vermag.

Der Geschichtswettbewerb stellt, wie oben bereits angedeutet, eine sehr spezielle Institution dar: Themenauswahl, Ausschreibungen, methodische Hinweise, Arbeiten, Gutachten, Auszeichnungen und Ergebnisdarstellungen bilden die Elemente eines Wettbewerbs, der mit geschichtspolitischem Impetus gegründet wurde, in seiner Themenwahl stets gesellschaftlich aktuell, teils gar ‚avantgardistisch‘ (Kenkmann 1997; Schildt 2015) war und ist sowie methodisch Maßstäbe setzte und setzt.

1994/1995 bedeutet dieses methodische Innovationspotential die Verpflichtung zur „Oral History“: „Jugendliche fragen nach“, der Untertitel des Wettbewerbs ist wörtlich gemeint. Der Einsatz von Zeitzeugen als Quelle wird hier zur Pflicht. Die Teilnehmenden werden dazu angehalten, in ihrem persönlichen Umfeld nach Menschen zu suchen, die Erfahrungen mit der

deutsch-deutschen Teilung gemacht haben. Anregungen, in welchen Bereichen oder Zusammenhängen diese Erfahrungen entstanden bzw. zu suchen sein könnten, liefert die Körber-Stiftung gleich mit. Im gleichen „Spuren Suchen“, in dem auch die Ausschreibung formuliert ist, findet sich ein Artikel mit kurzen Impulsen zu 33 verschiedenen Themen, die nach Ansicht des Stiftungs-Teams erzählenswert sein könnten.

Auf diese Anregungen reagieren die Teilnehmenden, wie oben angeführt, mit 947 Arbeiten. 184 davon werden prämiert. 59 dieser 184 Arbeiten sind in Einzelarbeit von Schüler*innen entstanden. Sie geben Auskunft darüber, wie Schüler*innen 1994/1995 Erfahrungen mit deutsch-deutscher Geschichte narrativieren – die zugehörigen Gutachten dokumentieren, warum diese Arbeiten im Zuge des Geschichtswettbewerbs preiswürdig erschienen. Im „Spuren Suchen“ 1995 schließlich stellt die Körber-Stiftung einige der prämierten Arbeiten gesondert vor.

Das Dissertationsvorhaben will untersuchen, inwiefern zwischen diesen einzelnen Schritten des Wettbewerbs ein systematischer Zusammenhang besteht: Schlagen sich im Wettbewerb geschichtspolitische und -wissenschaftliche Tendenzen unmittelbar nieder? Ist der Wettbewerb eine Institution von gesellschaftlicher Relevanz, vielleicht sogar mit gesellschaftlicher Funktion? Oder folgt der Wettbewerb in Aufbau wie Prämierung eigenen Regeln? Konkret formuliert: Warum wählt die Körber-Stiftung dieses Thema? Wie gehen die konkreten Themenvorschläge mit dem Thema einher? Woher rühren die daran anknüpfenden Arbeiten der Schüler*innen – und nach welcher Logik werden sie begutachtet, prämiert und schließlich zur Präsentation ausgewählt?

Der Wettbewerb 1994/1995 eignet sich besonders dazu, um herauszustellen, was auch ein Blick auf andere Wettbewerbsthemen, bspw. „Umwelt hat Geschichte“ 1986/1987, sichtbar macht: Der Geschichtswettbewerb ist eine Institution, in der Themen aufgegriffen werden, die zeitgenössisch für die Gesellschaft relevant sind oder im Begriff sind, es zu werden. Dabei handelt es sich um Themen, die mit einem zeitlichen Orientierungsbedürfnis verhandelt werden. 1994/1995 beginnt die Frage nach dem gemeinsamen Umgang mit der deutsch-deutschen Geschichte relevant zu werden. Der Geschichtswettbewerb – in Hamburg gegründet aber seit Sommer 1990 auf beide deutsche Teilstaaten ausgeweitet – macht diese Frage zum Gegenstand.

Als Institution, die historische Themen verhandelt, die gesellschaftlich relevant sind, gilt der Geschichtswettbewerb als Teil der Geschichtskultur – dem Bereich, in dem sich eine Gesellschaft über den Umgang mit (ihrer) Vergangenheit verständigt.

Wie der Geschichtswettbewerb als Teil der Geschichtskultur fungiert, wie er sich von anderen Teilbereichen wie Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik unterscheidet, welche Einflüsse aus Geschichtswissenschaft und -politik sich hier in welcher Form und an welcher Stelle niederschlagen, will das Dissertationsvorhaben am Beispiel des Wettbewerbs 1994/1995 mittels einer systemtheoretischen Herangehensweise herausstellen.

Die Systemtheorie nach Luhmann geht davon aus, dass die Gesellschaft aus sozialen Systemen, für die Gegenwart präziser: funktional differenzierten Teilsystemen, besteht. Jedes Teilsystem hat sich in diesem Verständnis durch Erfüllen einer bestimmten gesellschaftlichen Funktion auf Dauer herausgebildet. Diese Systeme konstituieren sich dabei in Kommunikation. Diese vollzieht sich autonom und folgt einzig einem binären Code, der auf ein Leitmedium ausgerichtet ist. Das Dissertationsvorhaben geht davon aus, dass die Geschichtskultur ein solches autonomes, funktionales Teilsystem darstellt. Geschichtskultur hat sich als Funktionssystem herausgebildet, in dem eine Gesellschaft Sinn über Zeiterfahrung bildet. Es wird erinnert oder vergessen (der binäre Code) – und was erinnert wird, wird zur Sinnbildung über Zeiterfahrung genutzt (das Leitmedium). Geschichtskultur – so die Idee des Dissertationsvorhabens weiter – hat sich im Laufe der Zeit in weitere Teilsysteme mit spezifischen Teilfunktionen ausdifferenziert.

Eines dieser Teilsysteme stellt der Geschichtswettbewerb dar. Auch er, so die Überlegung, dient der Erfüllung einer spezifischen gesellschaftlichen Teilfunktion und folgt einer eigenen Kommunikationslogik. Der Wettbewerb lässt sich so als Kommunikationszusammenhang

fassen und in diesem Zusammenspiel analysieren. Themenwahl, Ausschreibung, Arbeiten, Gutachten, Auszeichnungen und Bilanz können so in einen Zusammenhang gesetzt werden, der es erlaubt den Blick bspw. sowohl auf die einzelnen Arbeiten zu richten als auch deren systemische Bedingtheit zu erfassen. Dieser Kommunikationszusammenhang ist dabei spezifisch für den Wettbewerb: Einflüsse aus anderen Systemen sind in Form von Impulsen möglich, diese verbleiben jedoch inhaltlicher Natur. Wie sie im Geschichtswettbewerb verarbeitet werden, bleibt bestimmt durch die Kommunikation im System „Geschichtswettbewerb“.

Dies gilt auch 1994/1995: Hier, als deutsch-deutsche Geschichte in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu verhandeln begonnen wird, werden die Einflüsse aus, die Koppungen mit, den Teilsystemen Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik besonders sichtbar: Deutsch-deutsche Geschichte wird im System Geschichtswettbewerb als Thema gewählt. Die Ausschreibung macht Themenvorschläge und fordert explizit dazu auf, Oral History anzuwenden. Die Arbeiten, die prämiert werden, verhandeln ein unreiðbares Set an Themen – und nutzen dazu ein ebenso unreiðbares Set an Sinnbildungsangeboten. Die Gutachten würdigen methodische Vorgehensweisen sowie inhaltliche Aspekte. Auch Prämierung, Auszeichnung und Darstellung der Preisträgerarbeiten lassen sich unter diesen Gesichtspunkten betrachten.

Analysiert man diesen Kommunikationsprozess, kann man – so die Idee – aufzeigen, was im Sinne des Geschichtswettbewerbs 1994/1995 aus der deutsch-deutschen Geschichte als lokal- und familienhistorisch erinnerungs- und erzählwürdig in Arbeiten aufgegriffen und mit Preisen belohnt wurde. Die auf den ersten Blick allgemein erscheinende Aufforderung, Zeitzeug*innen nach „Erlebnissen und Erfahrungen mit der Teilung Deutschlands“ zu fragen und „Materialien dazu“ zu sammeln erhält im Geschichtswettbewerb ihren spezifischen Zuschnitt: Das Wettbewerbsformat legt Nachfragen zu bestimmten Themen wie bspw. deutsch-deutschen Kontakten und Übersiedler*innen nahe.

Kontextualisiert man diese Kommunikationsleistungen mit geschichtswissenschaftlichen und -politischen Konzepten, lässt sich deutlich herausstellen, nach welchen Eigenheiten der Geschichtswettbewerb als funktionales Kommunikationssystem beschaffen ist.

Vice versa gewinnt man mit den Auseinandersetzungen mit der deutsch-deutschen Geschichte im Rahmen des Geschichtswettbewerbs eine weitere Perspektive auf die bzw. einen weiteren Baustein zu der jungen Aufarbeitungs-Diskussion.

Gleichzeitig kann so ein Beitrag zur theoretischen Modellierung des größten Wettbewerbs im Fach Geschichte in Deutschland geleistet werden.

Kurzbiographie

Moritz Heitmann, geboren 1994 in Bielefeld, studierte 2011-2017 Geschichtswissenschaften, Germanistik und Bildungswissenschaften in Bielefeld, Aberdeen und Münster. Von 2012-2017 wurde er durch die Studienstiftung des deutschen Volkes gefördert. Seit 2017 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Geschichte der WWU Münster, wo er bei Prof. Dr. Saskia Handro promoviert.

Vorläufige Gliederung des Dissertationsvorhabens

- I. Ausgangsüberlegungen: Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten – ein einzigartiger Wettbewerb
- II. Forschungsstand:
 - a. Konzeptionelle Überlegungen zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten
 - b. Untersuchungen zu Teilbereichen des Geschichtswettbewerbs
- III. Theoretischer Rahmen: Der Geschichtswettbewerb 1994/1995 als Teilsystem der Geschichtskultur
 - a. Die funktional differenzierte Gesellschaft in der Systemtheorie Niklas Luhmanns
 - b. Geschichtskultur als Teilsystem einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft
 - c. Deutsch-deutsche Geschichte in Teilsystemen der Geschichtskultur
 - i. Geschichtspolitik
 - ii. Geschichtswissenschaft
- IV. Analysegegenstand: Kommunikation im Geschichtswettbewerb 1994/1995 – und darüber hinaus
 - a. Themenfindung
 - b. Ausschreibung und Bewerbung
 - c. Prämierte Einzelarbeiten
 - d. Gutachten und Auszeichnungen
 - e. Auswertung und Ergebnispräsentation
 - f. 1990-1999: Vor- und Nachspann
- V. Methodisches Vorgehen
- VI. „Ost-West/West-Ost-Geschichten. Jugendliche fragen nach“: Kommunikation im Geschichtswettbewerb in der Analyse
- VII. Diskussion der Ergebnisse
 - a. Eigenheiten der Institution Geschichtswettbewerb
 - b. Strukturelle Kopplungen: Geschichtspolitik, Geschichtswissenschaft, Geschichtskultur
 - c. Sonderfall oder exemplarisch? Der Wettbewerb im Kontext
- VIII. Weiterführende Überlegungen und Ansatzpunkte

NOTIZEN

NOTIZEN